
Kommentar

Zum Ergebnis Bürgerentscheid

Fürstenfeldbrucker SZ, Ausgabe vom 29. September 2008

Kommentar

**CSU und FW
in der Pflicht**

Die Grafrather haben mit einem klarem Ergebnis die Pläne des Vereins Klosterhof abgelehnt. Über die Motive dieser Mehrheit lässt sich nur spekulieren: Manchem mag es egal sein, wenn der Klosterwirt einstürzt, Anderen mögen einige führende Vereinsfunktionäre missfallen und die Dritten werden die anvisierte Wohnbebauung als zu massiv empfinden. Denn dies war der Punkt, über den vor dem Bürgerentscheid am meisten gestritten wurde: Während der Klosterhof-Verein von maximal 70 Wohneinheiten sprach, rechneten CSU und Freien Wähler in ihren Flugblättern mit über 110 Wohneinheiten. Vor gut sieben Jahren lehnten übrigens alle Fraktionen im Gemeinderat eine Bebauung mit 72 bis 80 Wohneinheiten als viel zu massiv ab. Die „Schönheit des bayerischen Bethlehem“ gehe verloren, klagten damals Vertreter jener Gruppen, die heute den Klosterhof-Verein kräftig unterstützen, während der damalige Bürgermeister eine ähnliche Lösung zumindest vage andeutete: eine größere Wohnbebauung als Preis für den Erhalt des Klosterwirts. Wie dem auch sei: Es bleibt das Problem, dass, wer ernsthaft eine Sanierung des Klosterwirts will, erklären muss, wie das bezahlt werden soll. Nachdem das Konzept des Vereins Klosterhof

am Sonntag abgelehnt wurde, sind Freie Wähler und CSU in der Pflicht, ihre Vorschläge zu präzisieren und Alternativen vorzulegen und wenn es ihnen damit ernst ist, dann „zügig“, wie es im Bürgerentscheid hieß. Damit die marode Gastwirtschaft nicht vorher einstürzt. Aber auch Bürgermeister Hartwig Hagenguth (Bürger für Grafrath) und der Klosterhof-Verein sollten nicht untätig bleiben, sondern die Initiative ergreifen: Sie könnten ihr Projekt modifizieren, die Freien Wähler dazu bringen zu erklären, was sie sich unter einer Beteiligung der Gemeinde konkret vorstellen und vor allem in welcher finanziellen Höhe, und sie sollten das Angebot der CSU, einen Konsens zu finden, zumindest testen. Denn nur ein solches gemeinsam entwickeltes Projekt könnte die Pattsituation im Gemeinderat aufheben und eine breite Mehrheit unter den Bürgern finden.

„Einigkeit“ - was sonst!